Nummer 64 Halle, Mittwoch, den 17. März 1926. 61. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ◆ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 30 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark. Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagshaus Neue Promenade 10 u. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Halleſaale" Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der Präsident des Deutschen Reichstags hat dem Generalsekretär der interparlamentarischen Handelsunion Eugen Baye mitgeteilt, daß der Reichstag die Einladung zu der am 20. Mai stattfindenden 12. Vollversammlung in Brüssel annehme.

*

Die seitens des Reiches zum Abschluß von Lieferungsgeschäften mit Rußland zu treffenden Maßnahmen sind nach Gegenstand eingehender Beratungen zwischen den beteiligten Stellen. Schon jetzt steht fest, daß eine Gewährung von Krediten seitens des Reiches nicht erfolgen wird, vielmehr lediglich die Uebernahme einer Ausfallgarantie. Die Durchführung der beabsichtigten Maßnahmen wird zum Teil durch einen Interministeriellen Ausschuß erfolgen. Anträge auf Gewährung der Garantie werden an diesen Ausschuß zu richten sein. Eine Vormerkung von Anträgen zur späteren Berücksichtigung kann nicht erfolgen.

*

In Buer (Westfalen) fand am Sonnabend und Sonntag die Tagung des Rheinisch-Westfälischen Hauptverbandes heimattreuer Ost- und Westpreußen statt. Nach einer Begrüßung der Vertreter im Stadtverordnetensitzungssaal gab die Stadt Buer zu Ehren der Gäste einen Bierabend im Ratskeller. Am Sonntagvormittag fand die Hauptversammlung statt. Abends wurde Hauptmanns „Biberpelz" im Theater als Festvorstellung gegeben.

*

Wie aus Warschau gemeldet wird, hat der Sonntag in Warschau, Posen, Thorn und Lodz deutschfeindliche Demonstrationen gebracht. In Lodz schlossen viele deutsche Lokale aus Furcht vor Demolierungen. Ueberall zogen die demonstrierenden Massen unter Schmährufen auf Deutschland nach den deutschen Konsulaten, die, mit Ausnahme von Lodz, rechtzeitig durch die Polizei abgesperrt werden konnten.

*

Am Sonntag fand in Flensburg (Nordschleswig) eine Feier zur Erinnerung an den vor sechs Jahren errungenen Abstimmungssieg in der zweiten Zone statt. Es sprachen in vier überfüllten Versammlungen bekannte Führer des Deutschtums in der Nordmark. Der Verlauf aller Versammlungen legte beredtes Zeugnis von dem lebendigen Bekenntnis zum Deutschtum ab. Um Mitternacht fand eine kirchliche Abschlußfeier in der St. Nikolaikirche statt.

*

Am Sonntagabend kam es in Düsseldorf bei einer Demonstration der Kommunisten für das Volksbegehren zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Schutzpolizei, wobei es auf beiden Seiten zahlreiche Verletzte gab. Erst nachdem die Polizei größere Verstärkungen erhielt, gelang die Säuberung der Straße.

Auch in Berlin erfolgte am Sonntag während eines Umzuges der KPD. ein Zusammenstoß mit dem begleitenden Polizeikommando, in dessen Verlauf von dem Gummiknüppel Gebrauch gemacht werden mußte. 7 Personen wurden festgenommen.

*

Ein Berliner Blatt meldet aus Saarbrücken: Nachdem erst vor kurzem ein französischer Wachtposten auf den Schießständen einen Zivilisten durch einen Gewehrschuß schwer verletzt hatte, ereignete sich jetzt ein neuer Zwischenfall, der einem Kinde das Leben kostete. Ein französischer Soldat, der einer deutschen Familie einen Besuch abgestattet hatte, wollte dort einen nicht funktionierenden Revolver nachsehen. Dabei entlud sich plötzlich die Waffe und tötete einen siebenjährigen Knaben durch Brustschuß. Der Soldat, der fahrlässig gehandelt hatte, wurde verhaftet.

*

Wie die Londoner „Daily Mail" aus Angora meldet, hat die türkische Nationalversammlung den Völkerbundentscheid über Mossul angenommen. Die Opposition blieb nur mit 8 Stimmen in der Minderheit.

*

Die Londoner „Morningpost" meldet aus Melbourne: Der australische Senat hat mit allen Stimmen die Vorlage auf Errichtung einer eigenen australischen Flotte von zunächst 22 Einheiten angenommen.

*

Nach einer gemeinsamen Besprechung über die Blockade von Tientsin durch die chinesischen Truppen in Taku haben Großbritannien, Amerika, Frankreich, Italien und Japan ihre Flottenkommandanten in Tientsin angewiesen, den Beschlußstellen der Takuforts amtlich mitzuteilen, daß sie, sofern die Störung der fremden Schiffahrt innerhalb von drei Tagen nicht aufhört, sich das Recht vorbehalten werden, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen. — Unter diesen Maßnahmen ist insbesondere auch eine Beschießung der Takuforts zu verstehen.

Kein Umfall der deutschen Delegation.

Ueber die Lage in Genf ist man in maßgebenden politischen Kreisen in Berlin der Auffassung, daß von einem „Umfall" der deutschen Delegation in Genf keine Rede sein kann. Deutschland hat von vornherein das Prinzip vertreten, daß es sich bei der Erweiterung des Völkerbundsrates nicht um eine deutsche, sondern um eine Angelegenheit des Völkerbundes handelt. Gerade die Vertretung dieses prinzipiellen Standpunktes hat eine große Anzahl kleiner Mächte veranlaßt, sich hinter Deutschland zu stellen und es abzulehnen, das Angelegenheiten des Völkerbundes durch gewisse Handelsgeschäfte zwischen den Großmächten erledigt werden sollen.

Die deutsche Delegation hält nach wie vor an ihrem prinzipiellen Standpunkt fest und lehnt auch solche Handelsgeschäfte ab, wie sie das „Echo de Paris" angedeutet hat, daß Frankreich größere Reparationszahlungen und Deutschland eine Abkürzung der Besatzungsfristen wünsche. Die deutsche Regierung ist sich klar darüber, daß, sobald sie sich auf solche Handelsgeschäfte einlassen würde, sie die moralische Unterstützung einbüßen würde, die sie bis jetzt in Genf gehabt hat.

Auch der deutsche Vorschlag, eine Kommission einzusetzen und dieser Kommission gewisse Richtlinien mitzugeben, kann in keiner Form einen Umfall der deutschen Delegation bedeuten, denn die Aufgabe der Kommission soll nur sein, die politischen und diplomatischen Möglichkeiten zu prüfen, die eine Umgestaltung oder Erweiterung des Völkerbundsrates als vorteilhaft oder als nachteilig erscheinen lassen würde. Die Aufgabe der Kommission würde nicht sein, eine Erweiterung des Völkerbundsrats auf jeden Fall durchzuführen. Eine andere Bindung als durch diesen Vorschlag würde die deutsche Delegation auf das entschiedenste ablehnen.

Alle weiteren Gerüchte über einen Austausch von Ratssitzen, über Niederlegung des Ratssitzes durch einen Staat oder zwei Staaten oder gar aller Staaten, die einen nicht ständigen Sitz haben, haben bisher in keiner Weise eine konkrete Form angenommen und deshalb kann auch von amtlicher Seite dazu keine Stellung genommen werden.

*

Die gestrigen nichtoffiziellen Ratsbesprechungen gingen um 6 Uhr 20 Minuten zu Ende. Formelle Erklärungen wurden der Presse nicht abgegeben. Dagegen teilten verschiedene Ratsmitglieder auf Anfrage mit, daß es zu einem Ergebnis noch nicht gekommen sei, daß man sich noch „in Seenot" befinde und daß die Besprechungen heute vormittag fortgesetzt werden sollen.

Offizieller Optimismus der Engländer.

Dem politischen Berichterstatter der „Westminster Gazette" zufolge seien gestern abend in britischen Regierungskreisen hoffnungsvollere Nachrichten aus Genf eingegangen.

Schatzkanzler Churchill erklärte in einer Rede, er schließe sich nicht den Flaumachern an, die der Ansicht seien, daß, weil in Genf Erörterungen nicht gerade der besten Art stattfänden, das große in Locarno erzielte Werk gefährdet sei.

Das offizielle Reuterbureau berichtet aus Genf: Die Verschiebung der Versammlung auf Mittwoch sei erfolgt, um Zeit für eine Regelung der Krise im Zusammenhang mit Deutschlands Eintritt in den Völkerbund zu gewinnen, bezüglich deren der französische Vertreter Boncour dem Reuterkorrespondenten erklärte, daß alles gut gehen werde. Die Staaten der Kleinen Entente sollen über die Aussicht, daß die Tschechoslowakei ihren Sitz im Völkerbundsrat aufgebe, um Platz für Polen zu machen, unzufrieden sein. Auf der gestrigen Sitzung der Delegierten der südamerikanischen Staaten wurde als gemeinsame Ansicht festgestellt, daß sich Brasilien dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht widersetzen dürfe, da dies eine europäische Frage sei.

Die Londoner „Morningpost" meldet aus Genf: Schon spricht man von einer Fortdauer der Konferenz bis Wochenende. Daß dieses seitens der englischen Delegierten nicht in Aussicht genommen ist, beweist das Drängen Chamberlains, am Dienstag, spätestens am Mittwoch zu einer Entscheidung und zum Ende zu kommen. Sonntag abend waren die täglichen Pressеinformationen Chamberlains auf einen hoffnungsfreudigen Ton gestimmt. Chamberlain sagte: „Wir kehren nicht mit leeren Händen in der Wochenmitte nach London zurück."

Frankreich stellt sich befriedigt.

Neue Schwierigkeiten durch Brasilien.

Der Berichterstatter der offiziellen französischen Havasagentur berichtet gestern abend, der französische Ministerpräsident Briand habe mit augenscheinlicher Befriedigung ankündigen können, daß die französisch-deutsche Seite der Genfer Krise als so gut wie geregelt betrachtet werden könnte. Wegen der Verteilung der durch die Verzichte Undens und Beneschs frei werdenden Sitze seien die Meinungen noch geteilt. Jedenfalls sei die Atmosphäre von Genf viel klarer geworden.

Nur sei der gestrigen Krise im Verlaufe des heutigen Tages eine Krise der inneren Organisation des Völkerbundsrates gefolgt, da im Verlaufe des heutigen Tages der brasilianische Vertreter die Kandidatur seines Landes aufs neue aufgestellt habe. Bisher seien die Bemühungen des Rates, den brasilianischen Vertreter umzustimmen, nicht von Erfolg gekrönt gewesen. Alle Hoffnungen dürften jedoch nicht aufgegeben werden. Eine Anzahl südamerikanischer Delegationen hätte beschlossen, ihren Einfluß dahin auszuüben, daß die Demarche Brasiliens nicht den Bemühungen des Völkerbundsrates zuwiderlaufe.

*

Rückreise Vandervelde und Wauters nach Brüssel?

Wie Havas aus Brüssel berichtet, sollen nach der Nation Belge Außenminister Vandervelde in Genf und Arbeitsminister Wauters, der sich gegenwärtig in London aufhält, von der durch den plötzlichen Dessenstuz verursachten Finanzkrise benachrichtigt worden sein. Es sei möglich, daß beide Minister so schnell wie möglich nach Brüssel zurückkehren.

— Die finanziellen Schwierigkeiten Belgiens und Frankreichs bieten den Engländern das beste Mittel, auf beide Länder einen Druck auszuüben, und sind zugleich für die deutschen Delegierten ein starker Rückhalt.

Spaniens Standpunkt.

Wie aus Madrid gemeldet wird, schreiben die dortigen Sonntagsblätter, daß eine Zurückstellung des spanischen Ratsanspruchs bis zum Herbst nicht erfolgt sei. Es bestänben in Madrid nur Bedenken, sich an einer Sprengung des Völkerbundes zu beteiligen.

Spanien sei heute wesentlich ernster als Großmacht zu nehmen, als das entwaffnete Deutschland, das Finanzhoheit und Staatsbahnen ausgeliefert habe.

Der Standpunkt der kleinen Entente.

Die schweizerische Depeschenagentur meldet: Heute nachmittag fand hier eine Sitzung der Kleinen Entente statt, in der sich diese bereit erklärte, auf den von Benesch innegehaltenen Sitz im Völkerbundsrate bis zum Herbst zu verzichten, damit er von der Völkerbundsversammlung gegebenenfalls Polen gewährt werden könne. Die Mehrheit der Kleinen Entente erwartet jedoch, daß im September eines ihrer Länder — wahrscheinlich Jugoslawien — gewählt werden wird. An die Stelle Schwedens, das, ebenfalls wie bereits gemeldet, zurücktritt, soll Holland oder ein skandinavisches Land treten.

*

Nach den letzten Nachrichten über die Verhandlungen in Genf ist nicht unwahrscheinlich, daß die Tschechoslowakei und Schweden auf ihre Ratssitze verzichten und daß Polen und Holland an ihre Stelle treten. Die Vertreter der Kleinen Entente haben bereits zugestimmt, allerdings nach einer Privatmeldung nur unter der Bedingung, daß Rumänien bis zum September einen nichtständigen Ratssitz erhält; Deutschland könnte eine solche Zusage für die Zukunft nicht ohne Abweichen von seinem bisherigen Standpunkt geben.

Eine schwedische Stimme über Genf.

Die schwedische Zeitung „Stockholms Tidningen" schreibt in einem Leitartikel über die europäische Krise in Genf u. a.: Die Krise, die der Völkerbund gegenwärtig in Genf durchmacht, wird ja wohl in der einen oder anderen Weise gelöst werden. Sie hat aber Zustände bloßgelegt, die die Stellung des Völkerbundes untergraben und neue Krisen schaffen werden.

Eine Maske nach der anderen ist von den Gesichtern gefallen, deren Züge nunmehr die wirklichen Absichten wiederspiegeln, die bisher mehr oder minder verborgen waren. Schon jetzt spricht man weniger von dem Zeitalter des Friedens und des neuen Rechtes, das der Völkerbund einleiten sollte, weniger von Locarno und dem Rechte der Kleinen, als von den reinen Machtinteressen und Ansprüchen und den bisher geheim gehaltenen Einkünften zwischen den Siegermächten und deren Vasallen.

In dieser Lage ist der Weg der Pflicht für die friedliebenden Kleinstaaten klar vorgezeichnet, die während des Weltkrieges durch ihre unerschütterliche Neutralität etwas von dem Völkerrechte erhalten haben, das im Laufe der Jahrhunderte aufgebaut worden war. Sie dürfen ihre Aufgabe weder in diesem Augenblick, noch je in der Zukunft vergessen, denn nur, wenn sie unerschütterlich zusammenhalten und fest auf ihren Grundsätzen beharren, wird der Völkerbund noch und nach durch die Brandung gelöst werden können, wenn dies auch lange Zeit erfordern und die Lage vielfach vollkommen hoffnungslos aussehen wird. Vielleicht findet man sich schließlich im Völkerbunde doch noch mit dem Unvermeidlichen ab und steht für den Augenblick von Ansprüchen ab, die Schweden nicht gutheißen kann, aber die europäische Krise in Genf ist damit nicht gelöst. Sie wird weiter bestehen in latentem Zustande und wieder ausbrechen.

Gegen den Rücktritt Schwedens.

Die Londoner „Times" berichtet aus Genf: In Völkerbundskreisen werde der geplante Rücktritt Undens mit tiefstem Bedauern angesehen. Der Mann, der fast allein den Völkerbundsgeist während der ganzen augenblicklichen Krisis gezeigt habe, werde jetzt wahrscheinlich geopfert werden. Aber weder die neutralen Mächte noch die deutsche Delegation sähen diese Lösung günstig an, und es sei immer noch möglich, daß Belgien der Staat sei, der zurücktritt.

Der Parlamentsberichterstatter der „Times" meldet: 23 Mitglieder der Arbeiterpartei des Unterhauses telegraphierten an den schwedischen Premierminister die dringende Bitte, Schweden möge seinen Sitz im Völkerbundsrat nicht aufgeben.

Vor einer Katastrophe in Polnisch-Oberschlesien.

Die Presse brachte Meldungen darüber, daß die polnischen Behörden sich veranlaßt fühlten, größere Abteilungen der politischen und Sicherheitspolizei aus Warschau nach Ostoberschlesien zu entsenden. Man will drohenden Unruhen der Arbeitslosen begegnen, deren verzweifelte Lage durch kommunistische Propaganda weidlich ausgenutzt werde.

Wie wir aus gut unterrichteter Quelle, die begreiflicherweise nicht genannt werden will, erfahren, kann man über solche Nachrichten nicht überrascht sein. Im Gegenteil, man sieht es in Polnisch-Oberschlesien geradezu als ein Wunder an, daß Unruhen nicht schon längst ausgebrochen sind. Denn die Arbeitslosigkeit in Polnisch-Oberschlesien ist in des Wortes wahrster Bedeutung katastrophal. In Deutschland sind demgegenüber geradezu paradiesische Verhältnisse.

So kommen beispielsweise in der nahezu 100 000 Einwohner zählenden Stadt Königshütte auf je drei Arbeiter zwei Arbeitslose, und das schon seit Wochen. Wenn man durch die Hauptstraße dieser Stadt wandert, dann findet man die bedauernswerten Opfer der Wirtschaftskatastrophe auf Schritt und Tritt gelangweilt in Gruppen beieinanderstehen. Alles fragt sich hier, wovon die Arbeitslosen und ihre Angehörigen leben. Die Erwerbslosenunterstützung ist bedeutend geringer als in Deutschland. Die Entwertung des polnischen Gulden (Zloty) hat die Unterstützungssätze noch weiter in ihrem Wert herabgemindert.

Als der Winter im Anzug war und damit der regelrechte Hunger, blieb der Regierung nichts anderes übrig, als die Arbeitslosen bis zu zehn Zentner je Familie gratis mit Kartoffeln zu beliefern. Diese Kartoffeln, die seit Monaten mit Salzheringslauge (!!) die hauptsächlichste Nahrung der Aermsten der Armen darstellten, sind nun auch zu Ende. Hinzu kommt noch, daß gar keine Aussicht auf Besserung der Verhältnisse besteht, sondern die Arbeitslosigkeit für den eine dauernde bleibt, der es nicht vorzieht, nach dem eigentlichen Polen oder nach Deutschland auszuwandern. Auch nach Frankreich gehen die arbeitslosen Ostoberschlesier neuerdings wieder massenweise, trotzdem die inzwischen Zurückgekommenen über schlechte Behandlung und Hungerlöhne klagen. Die Not zwingt aber auch dazu.

Es ist sicher, daß längst größere Unruhen ausgebrochen wären, wenn nicht ohnehin in Ostoberschlesien seit Beginn der polnischen Aera viel Polizei und Militär läge. Wenn man diese Sicherheit neuerdings noch durch Nachschub aus Warschau verschärft, dann scheint nun doch dem allzu lange geduldig gewesenen Ostoberschlesier die Galle zu platzen. Es wird der polnischen Regierung auch auf die Dauer nichts nützen, daß sie von der wirtschaftlichen und sozialen Not dadurch abzulenken versucht, daß sie den nationalistischen Banden und dem berüchtigten Westmarkenverein freie Hand in der Verfolgung der Deutschen läßt, ja neuerdings selbst an Massenverhaftungen von Deutschen aus nichtigen Gründen herangeht! Die Zahl derer, die einsehen, daß die Zuteilung des Landes an Polen ein Unsinn in jeder Beziehung gewesen ist und die sich nun von Polen betrogen fühlen, wächst zusehends. Die deutschen Minderheitsschulen können beispielsweise für das beginnende Schuljahr die Kinder gar nicht fassen, die angemeldet werden, nunmehr auch aus Kreisen, die bisher als polnisch galten.

Erweist sich so der „weise" Spruch des Völkerbundes neuerdings besonders als vorsehlt dann sollte man nicht zögern, dem ostoberschlesischen Volke noch einmal die Möglichkeit zu einer, allerdings wirklich unbeeinflußten Stimmabgabe zu geben. Das Ergebnis würde freilich sicherlich so sein, daß das Land unverzüglich an Deutschland zurückgegeben werden müßte.

Bis diese Einsicht freilich bei den europäischen Mächten eingetreten sein wird, bzw. bis man den Mut finden wird, der Einsicht gemäß auch zu handeln, wird es vielleicht für das ostoberschlesische Volk schon zu spät sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260317013/fragment/page=0001

Eröffnung der Londoner Arbeitszeitkonferenz.

In London wurde gestern die internationale Arbeitszeitkonferenz im Arbeitsministerium durch eine Begrüßungsansprache des englischen Premierministers eröffnet. Der englische Arbeitsminister erklärte dann u. a.: Der vorherrschende Meinungsaustausch zwischen den auf der jetzigen Konferenz vertretenen Regierungen habe beträchtliche Meinungsverschiedenheiten über die Bedeutung einiger der wichtigsten Artikel des Washingtoner Abkommens hervortreten lassen, weshalb die Herbeiführung einer Verständigung über die eigentliche Bedeutung erwünscht sei. Eine Ratifizierung durch die einzelnen Staaten sei nur möglich, wenn man sich auf dieser Konferenz über wesentliche Fragen verständigen und die Grundlagen für gegenseitiges Vertrauen legen könne.

Der deutsche Reichsarbeitsminister Dr. Brauns führte u. a. aus: Vor mir liegt eine neue amtliche Statistik, die von der Reichsarbeitsverwaltung aufgestellt worden ist. Der Statistik unterliegen 7099 Tarifverträge, von denen 785 945 Betriebe mit 11,9 Millionen Arbeitnehmern erfaßt werden, 6506 von diesen Tarifverträgen, die rund 10,9 Millionen Arbeiter, also über 90 Prozent der Verträge erfassen, enthalten Angaben über die Arbeitszeit.

Von diesen 10,9 Millionen Arbeitnehmern hatten nur 1 295 037 eine regelmäßige Arbeitszeit von weniger als 48 Stunden pro Woche. Die regelmäßige Wochenarbeitszeit von 48 Stunden hatten 8 432 431 Arbeitnehmer. Eine Arbeitszeit von mehr als 48 Stunden hatten nur 1 100 635, also nur ein Zehntel der von der Statistik erfaßten Arbeitnehmerschaft. An diesem Zehntel haben den größten Anteil die landwirtschaftlichen Betriebe, erst im weiten Abstande kommt die Metallindustrie. Die Tarifverträge lassen naturgemäß Ueberstunden zu, die ja auch nach dem Washingtoner Abkommen gestattet sind.

Die deutsche Regierung ist insbesondere seit den Besprechungen mit vier der auch hier vertretenen Staaten in Bern unausgesetzt an der Arbeit gewesen, um ein neues Arbeitszeitgesetz zu entwerfen, das wieder zu den Normaltag von acht Stunden zurückkehrt. Ein neuer Gesetzentwurf wird noch im Sommer dem Reichstabinett zugehen. Er ist so gestaltet, daß auf seiner Grundlage die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens durch Deutschland erfolgen kann. **Wir wollen jedoch auch dann das Gesetz ergehen lassen, wenn wir, was wir nicht wünschen, aus irgend einem Grunde eine Ratifizierung des Abkommens durch die westeuropäischen Mächte nicht gleichzeitig erfolgt.**

Zu den Londoner Verhandlungen

Der Arbeitsminister

Hierzu wird uns von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände als der berufenen und verantwortlichen sozialpolitischen Spitzenorganisation der deutschen Industrie mitgeteilt, daß an der bisherigen ablehnenden Haltung der deutschen Arbeitgeberverbände sich nichts geändert hat. Die deutschen Arbeitgeberverbände stehen überdies nach wie vor auf dem Standpunkte, daß — abgesehen von allen anderen Bedenken — kein europäischer Staat die Verantwortung für eine internationale Bindung mit weltpolitischen Verpflichtungen auf sich nehmen kann, solange zum mindesten auch die mit der geplanten Weltwirtschaftskonferenz zusammenhängenden Vorfragen nicht in einer, den für Deutschland dringend notwendigen Ablaß befriedigend sicherstellenden Weise geklärt sind. Dabei wird schließlich besonders zu bedenken sein, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika weder im Internationalen Arbeitsamt noch dem Washingtoner Abkommen beigetreten sind.

Die Kosten der Lebenshaltung in England.

Etwa 75 Prozent höher als bei uns.

(Von unserm Londoner Berichterstatter.)

Bei der Verwandtschaft der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und Englands dürfte den deutschen Leser ein Bericht über die Kosten der Lebenshaltung in England interessieren. Vielleicht ist damit auch den Glücklichen gedient, die sich in diesen Zeitläuften noch eine Ferienreise ins Ausland leisten können und, anstatt nach Italien, einmal nach England fahren möchten. Die Aufenthaltsgenehmigung wird jetzt ohne weiteres erteilt, und die Kriegs- und Haßstimmung ist, was England anbelangt, längst verflogen. Daß der Besucher, was Sehenswürdigkeiten anbetrifft, in England auf seine Kosten kommt, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Tatsächlich ist die Zahl deutscher Touristen in England seit 1923 stetig beachtlich, wie ja auch insgesamt die Schar englischer Vergnügungsreisender in Deutschland neuerdings wieder zugenommen hat.

Wenn man die Kosten der Lebenshaltung in beiden Ländern vergleicht, so muß von vornherein festgestellt werden, daß man in Deutschland mit weniger Geld auskommt als in England. Es gibt Bedarfsgegenstände, wie Damenkleider, Herrenanzüge, Wäsche und überhaupt Textilwaren aller Art, die hier wesentlich billiger sind als in Deutschland. Aber das sind Ausnahmen, und **im allgemeinen kann man sagen, daß der Engländer etwa 75 Proz. mehr ausgeben hat als der Deutsche**, und entsprechend mehr verdienen muß.

Der Krieg hat auch in England die Preise in die Höhe getrieben. Seit 1920 sind sie in schwankender Kurve langsam und stetig zurückgegangen, und heute sind sie rund 80 Proz. über Vorkriegsstand. Parallel mit diesem Preisrückgang vollzog sich ein Rückgang der Gehälter und Löhne.

Nachstehende Liste von Durchschnittspreisen wird einen Ueberblick über die Kosten der Lebenshaltung in England ermöglichen und einen Vergleich mit deutschen Preisen gestatten:

Monatsmiete einer Fünfzimmerwohnung in einem „gut bürgerlichen" Londoner Stadtviertel	180,— M.
Herrenmaßanzug	120,— „
Ueberzieher	120,— „
Damenkostüm	120,— „
Seidenbluse („Jumper")	10,— „
Herrenstiefel	20,— „
Damenschuhe	16,— „
Kinderschuhe	6 bis 13,— „
Damenstrümpfe, Seide	8,— „
Kunstseide	3,— „
Herrenhut	15,— „
Damenhut	von 3 M. an
Herrenhemd	10,— „
Fleisch, Pfund	1,50 „
Zweipfundbrot	0,45 „
Frische Eier, Dutzend (im März)	1,75 „
Milch, Liter	0,50 „
Butter, Pfund	1,80 „
Margarine, Pfund	0,75 „
Mehl	0,20 „
Käse (Chester), Pfund	1,— „
Kartoffeln, Pfund	0,10 „
Gemüse, Pfund	0,20 „
Tee, Pfund	2,50 „
Kaffee, Pfund	1,50 „
Kakao, Pfund	2,— „
Zucker, Pfund	0,25 „
Kohlen, Zentner	2,75 „

Die Londoner Hotelpreise schwanken nach Klasse und Lage des Hotels zwischen 5 und 15 M. je Tag für Zimmer mit einem Bett und Frühstück. Doppelzimmer mit zwei Betten etwa 75 Prozent mehr. Wochenpreise etwa 25 Prozent niedriger als Tagespreise. Pension mit voller Verpflegung von 60 bis 140 M. wöchentlich. In den sogen. „Boarding Houses" oder Privathotels sind die Preise durchschnittlich 40 Prozent niedriger als in den Hotels.

Die Theaterpreise liegen zwischen 1,20 M. (Galerie) und 42,00 M. (Loge). Kino 0,70 M. bis 6,00 M. Vergnügungen und jede Art von Luxus sind in England sehr kostspielig. Ein recht kleines Glas Bier kostet von 0,40 bis 0,70 M., Münchener oder Pilsener 1,20 M. Ein winziges Gläschen Whisky 0,70 M. Eine rauchbare Zigarre mindestens 1,20 M.

Elektrische und Omnibus von 0,10 M., Autodroschke von 1,00 M. aufwärts, nach der Distanz.

Wesentlich teurer als in Deutschland sind natürlich alle Artikel, die aus Deutschland nach England importiert werden, wie Spielwaren, Galanteriewaren, optische Instrumente, Pianos und sonstige Musikinstrumente, photographische Apparate, Haushaltartikel, Stahl- und Aluminiumwaren, Uhren, Lederwaren, Reiseartikel usw.

Publikum und Zeitungen üben eine scharfe Preiskontrolle aus, und wenn es sich nachweisen läßt, daß ein Artikel im Kleinverkauf unverhältnismäßig teuer ist, so bleibt der entsprechende Druck auf den Verkäufer nicht aus. In dieser Hinsicht haben auch verschiedene Verbraucherorganisationen in London und den Provinzen eine wirksame Tätigkeit entfaltet. Eine neuerdings eingerissene Unsitte, Untergewicht zu liefern, hat ebenfalls zu einer lebhaften Aktation geführt, und die Regierung plant die Einbringung eines Gesetzes, das für diesen Betrug empfindliche Freiheitsstrafen vorsieht.

A. Busse.

Die konfessionelle und politische Meinungsfreiheit der Beamten

Nach einer kleinen Anfrage der Zentrumsfraktion des Landtages soll ein aus dem Rheinland stammender katholischer Regierungsassessor, der an ein Landratsamt im Osten versetzt wurde, bei seiner Meldung von dem deutschnationalen Landrat nach seiner religiösen Betätigung in einer durchaus ungehörigen Form gefragt worden sein: Die der Amtliche Preußische Pressedienst der Antwort des Preuß. Innenministers entnimmt, entspricht dies den Tatsachen. Dem Landrat hat der Minister durch besonderen Erlaß seine ernsteste Mißbilligung ausgesprochen und der Regierungsassessor wurde auf eigenen Wunsch wieder nach Westen in eine ihm zusagende Stelle versetzt. Grundsätzlich bemerkt der Minister zum Schluß folgendes: Das Staatsministerium ist durchaus entschlossen, keinerlei ungehörige Behandlung von Beamten durch Beamte wegen ihrer religiösen Ueberzeugung ihrer Verfassungstreue und ihrer politischen Meinungsäußerung und Betätigung zu dulden und wird gegen Verstöße dieser Art entsprechende Maßnahmen zu ergreifen wissen.

Wichtige Fraktionssitzungen.

Soweit über die gestern stattgefundenen Fraktionssitzungen bis Abgang dieses Berichts Mitteilungen vorliegen, ist mit mehreren Interpellationen an den Außenminister unmittelbar nach dessen Rückkehr zu rechnen. Die Sozialdemokraten werden die Regierung über den von der Reichsbahn geplanten Abbau des Personenverkehrs um 10 v. H. interpellieren, in dem die Partei eine Erschwerung der Arbeitsmarktlage erblickt. — In der Abstimmungsfrage betreffend der Fürstenentschädigung erfährt die kommunistische Rote Fahne, daß man nach den Besprechungen der letzten Tage mit größter Gewißheit auf den Gewinn der demokratischen Stimmen zählen könne.

Der dem württembergischen Landtag übergebene Entwurf des Staatshaushaltsplanes für die Rechnungsjahre 1926/27 enthält im ordentlichen Dienst eine Gesamtausgabe für das Rechnungsjahr 1926 von 214 258 457 RM. und für 1927 eine solche von 212 828 817 RM. Diesen Ausgaben steht eine Gesamteinnahme für 1926 von 212 160 763 RM. und für 1927 von 212 104 763 RM. gegenüber, so daß also ein Defizit für 1926 von 2 097 694 und für 1927 von 724 054 RM. vorhanden ist. Im außerordentlichen Dienst halten sich die Ausgaben und Einnahmen mit 12 113 798 RM. die Wage.

Eine Denkschrift des Memellandtages an den Völkerbund.

Am 25. Februar hatte der Landtag des Memelgebietes beschlossen, eine Denkschrift auszuarbeiten, in der der Völkerbund auf die Verletzungen des Memelstatuts durch die Zentralregierung hingewiesen werden sollte, mit dem Ersuchen um Abstellung dieser Verletzungen. Am 8. März hat sich eine aus Vertretern des Wirtschaftsrats und des Landtags zusammengesetzte Delegation nach Genf begeben, um dem Generalsekretär des Völkerbundes die Denkschrift zu überreichen.

In dieser Denkschrift heißt es u. a.: Die Lage des Memelgebietes gestaltet keinen Aufschub, besonders mit Rücksicht auf die durch das Verhalten der litauischen Regierung hervorgerufenen

finanziellen Schwierigkeiten,

die den Zusammenbruch der autonomen Verwaltung in allernächste Nähe rücken. Alle unsere Versuche, mit Litauen zu einer Verständigung zu gelangen, sind gescheitert. Zur Frage der autonomen Finanzen und Wirtschaft führt die Denkschrift aus, daß nach Artikel 35 des Memelstatuts dem Memelgebiet aus den Kassen des litauischen Staates ein Zuschuß gewährt werden müsse, denn man habe dem Memelgebiet zwar die hauptsächlichsten staatlichen Lasten (Schule, Polizei und Justiz) belassen, ihm aber die wesentlichsten Einnahmen (Zölle, Akzise, Post) genommen. Die litauische Regierung stelle dem Memelgebiet monatlich 400 000 Lit zur Verfügung, eine Summe, die in keiner Weise ausreiche, während das Gebiet nach Artikel 35 mindestens eine Million Lit beanspruchen könne und müsse. Es habe daher nicht ausbleiben können, daß sich eine fortschreitende Zerrüttung der Finanzlage des Memelgebiets bemerkbar gemacht habe.

Ueber die kulturellen Fragen

heißt es in der Denkschrift, daß nach Artikel 27 des Statuts litauisch und deutsch gleichberechtigte Amtssprachen im Memelgebiet seien, daß aber diese Bestimmung von den Behörden der litauischen Regierung im Memelgebiet (Eisenbahn, Post, Zoll, Staatspolizei) nicht beachtet werde.

Ferner erhebt die Denkschrift Beschwerde darüber, daß die litauische Regierung trotz der Vorschrift des Artikels 28, diejenigen Beamten des Memelgebiets, die am 1. Januar 1924 angestellt waren, in ihrem Dienst zu behalten, gleichwohl eine größere Anzahl dieser Beamten entlassen habe. Entgegen dem Artikel 5 unterhalte die litauische Regierung im Memelgebiet

eine politische Polizei

und weiter habe der litauische Innenminister verfügt, daß sich die Bürger des Memelgebiets durch sogenannte Indlandpässe zu legitimieren haben, wodurch zugleich gegen Artikel 20 verstoßen werde. Endlich entziehe die litauische Regierung den autonomen Behörden die Regelung des Aufenthalts der Ausländer im Memelgebiet. Gemäß Artikel 5 Ziffer 7 gehöre diese Regelung aber zum Geschäftsbereich der lokalen autonomen Gewalten.

In der Denkschrift wird an den Völkerbundsrat das Ersuchen gestellt, in der Finanzfrage schon jetzt angesichts der Gefahr mit größter Beschleunigung eine Regelung herbeizuführen und eine authentische Interpretation des Memelstatuts in die Wege zu leiten.

Aus London wird gemeldet: Der Bericht der Kohlenkommission wird jetzt von den Mitgliedern des Kabinetts einer Prüfung unterzogen. Wahrscheinlich wird das Kabinett dann in seiner nächsten Sitzung, die am Mittwoch abgehalten wird, zu endgültigen Beschlüssen gelangen. Es wird Reuter zufolge für möglich gehalten, daß die Regierung in dieser oder jener Form auch nach dem 1. Mai den Kohlenbergbau weiter subventioniert, obwohl die Kohlenkommission empfiehlt, die Subvention einzustellen.

Die Frau im alten Aegtenyp.

Von L. von Genskow.

Die Ausgrabungen der letzten Jahrzehnte haben das Interesse für die altägyptische Kultur in die weitesten Kreise getragen. Durch die in Gräbern gefundenen Kunstwerke und Gebrauchsgegenstände haben wir ein so deutliches Bild vom Leben jener früheren Epochen, besonders auch vom Leben der Frau gewonnen, wie es selbst für näherliegende Zeiten eine Seltenheit ist. Die Stellung der ägyptischen Frau im Gegensatz zu anderen Ländern ist schon im Altertum den Fremden aufgefallen. So schreibt der Griechе Herodot im 5. Jahrhundert n. Chr.: „Die Weiber gehen auf den Markt und handeln, die Männer aber sitzen daheim und weben." Ferner schildert er gemeinsame Wallfahrten von Frauen und Männern zu berühmten Heiligtümern, wobei es anscheinend sehr ausgelassen zuging. Uebertreibungen abgerechnet spricht alles dafür, daß die Aegyptерin im Gegensatz zur Griechin sich frei in der Oeffentlichkeit bewegen durfte. Daß der König und die Vornehmen sich nach orientalischer Sitte einen Harem hielten, widerspricht dem nicht; der geachteten Stellung der legitimen Gattin taten die Nebenfrauen keinen Abbruch. Die Königin führt Titel, die denen des Königs nicht nachstehen: Herrin beider Länder, Königin beider Kronen, (von Ober- und Unterägypten) Mutter und Gemahlin des Gottes usw.

Die Geschichte weiß von Frauen, die allein regierten; die berühmteste ist Hatschepsut, aus dem Heldengeschlecht der Thutmosiden, die eine Reihe von Jahren im 15. Jahrhundert v. Chr. Alleinherrscherin war. Wie die meisten Könige hat sie großartige Bauten hinterlassen. Weiter kennen wir Darstellungen einer Schiffsexpedition, die sie nach fremden Küsten aussandte. Ihr Nachfolge Thutmosis III., der größte König Aegyptens, der wahrscheinlich zugleich ihr Gemahl und Halbbruder war, hat ihr Andenken mit unauslöschlichem Haß verfolgt und ihren Namen überall auszutilgen getrachtet, ein unrühmliches Zeichen, daß selbst diese mächtige Persönlichkeit noch in der toten Königin die geschlechtliche Rivalin eigenen Herrschertums sah.

100 Jahre nach Hatschepsut erreichte wieder eine Frau politischen Einfluß, Teje, die Mutter des bekannten Ketzerkönigs Echnaton, der die Verehrung des reinen Lichtes zur alleinigen Religion erhob und die alte Staatsreligion wiewohl vergeblich, zu vernichten suchte. Die Ausgrabungen von Tell el Amarna, denen das Berliner Museum so unschätzbare Stücke verdankt, haben uns das lebendigste Bild von Familie und Umgebung Echnatons geschenkt. Der Kopf der Königsmutter Teje zeigt unschöne negerhafte Züge, aber durch die ungeheure Energie des Ausdrucks sind sie kaum weniger anziehend als das vornehme Antlitz der schönen Nofretete, der Gattin des Königs, und machen den Eindruck, den sie auf die Regierung ausübte, begreiflich. Nach den aufgefundenen Darstellungen scheint an dem eigenartigen Hof dieses Philosophen unter den Pharaonen ein besonders herzliches Familienleben geherrscht zu haben.

Ueberhaupt finden sich in ägyptischen Gräbern viele Wandbilder und Skulpturen, die auf ein harmonisches Zusammenleben und auf Achtung vor der Frau und Mutter schließen lassen. Meist treffen wir die Gatten von ihren Kindern begleitet, Hand in Hand; häufig tritt auch die Gestalt der Mutter des Verstorbenen hinzu. Die Frau nimmt teil am Fischfang und der Vogeljagd, sie hört neben dem Manne die Berichte der Aufseher ihrer Landgüter an; oder besichtigt, als Gattin eines höheren Beamten, mit diesem die Arbeiten der Schreiber. Bei Gastmählern empfangen die Gatten gemeinsam ihre männlichen und weiblichen Gäste, im Gegensatz zu Griechenland. Darstellungen aus thebanischen Gräbern zeigen ein solches Fest: das weibliche Element überwiegt jedoch bei den Gästen wie bei der Dienerschaft, die Blumen, Parfüms, Speisen und Getränke herbeiträgt.

Für die Unterhaltung der Gäste sorgen hauptsächlich Künstlerinnen. Sängerinnen und Musikerinnen mit Harfen, verschiedenen Saiteninstrumenten und Flöten, umgeben die Tänzerinnen, Artistinnen zeigen allerlei akrobatische Kunststücke. Sie werden größtenteils zum lebenden Inventar eines reichen Hauses gehört haben, wie die Zahl der Sklaven überhaupt eine große war. Bei allen häuslichen Verrichtungen werden Frauen abgebildet, sei es als Sklavin der großen Häuser oder als Haustrau der unteren Stände, beim Bierbrauen und Brotbacken, beim Weben und Kornmahlen. Wenn die vornehme Aegyptерin das Haus verließ, erschien sie von zahlreichem Gefolge, Schirm- und Fächerträgerinnen begleitet, ihre Sänfte wurde von Dienern getragen, oder sie lenkte auch selbst die Pferde des zweisitzigen Wagens.

Im Sinn für Schmuck und Körperpflege wetteiferten beide Geschlechter miteinander. Aus den Gräbern kamen zahllose Schminkapparate, Salben- und Parfümbehälter, Kämme und Spiegel ans Tageslicht, auch Rezepte für Schönheitsmittel sind erhalten geblieben. Auf dem glattrasierten Kopf wurden von Mann und Frau gewöhnlich kunstvoll geordnete Perücken getragen. Während die Tracht einfach blieb, durch Jahrhunderte wenig verändert, — bei der Frau gewöhnlich auf ein einziges einfarbiges hemdförmiges Gewand mit Aermelbändern oder kurzen Aermeln beschränkt — wird uns mehr Wert auf reichen Schmuck gelegt. Namentlich sind Halsketten und Reifen für das Haar aufgefunden worden, deren Schönheit und feine Arbeit von keinem Goldschmied einer späteren Zeit je übertroffen wurde. —

Das anziehende Bild hoher Kultur, das diese Frühzeit bietet, wird nicht zum wenigsten durch die Tatsache hervorgerufen, daß die Frau in Familie und Gesellschaft Anlehen genoß und nicht vom Leben abgeschlossen wurde.

Sven Hedin in Hamburg.

Auf Einladung der Deutschen Kulturfilm-Gesellschaft hielt hier Sven Hedin zwei Vorträge über seine Reisen durch Ost-Turkestan und die asiatischen Küstengebiete. Am Sonnabendabend veranstaltete die Deutsche Kulturfilm-Gesellschaft zu Ehren ihres Gastes einen Bierabend im Hotel Atlantik, an welchem die führenden Vertreter der Wissenschaft teilnahmen. Sven Hedin wird sich am Montag nach Kiel begeben, wo ein Empfang im Rathaus und ein Empfang durch die Universität vorgesehen sind.

Hochschulnachrichten.

Arbeitsplätze am Institut „Angelo Mosso". Nach einer Mitteilung des Reichsministers des Innern stehen deutschen Gelehrten wieder wie vor dem Kriege am Institut „Angelo Mosso" auf dem Col d'Olen (Monte Rosa) drei Arbeitsplätze zur Verfügung. Bewerbungen um einen solchen Arbeitsplatz sind an den Reichsminister des Innern zu richten und, soweit das Gesuch von Angehörigen preußischer Hochschulen gestellt wird, dem Kultusminister zwecks Prüfung und Weitergabe vorzulegen.

Berlin. Der Privatdozent für Hygiene an der Berliner Universität Dr. med. Franz Schütz ist zum nichtbeamteten außerordentlichen Professor ebenda ernannt worden.

Breslau. Als Privatdozent für das Fach der Pharmakognosie wurde in der philosophischen Fakultät der Universität Breslau der Assistent am Botanischen Garten und Museum Dr. Alexander von Lingelsheim zugelassen.

Dresden. Der Privatdozent für angewandte Photographie, insbesondere Reproduktionstechnik in der mathematischen und naturwissenschaftlichen Abteilung der Technischen Hochschule zu Dresden Dr. phil. Emanuel Goldberg, Fabrikdirektor in Dresden, ist zum Honorarprofessor in der genannten Abteilung ernannt worden.

Zürich. Im Alter von 68 Jahren verschied der Professor für französische Sprache und Literatur an der Eidgen. Technischen Hochschule in Zürich Paul Seippel.

Neue Schulräte. Ernannt wurden: der Seminaroberlehrer i. e. R. Ernst Jahn aus Bunzlau zum Schulrat in Luckau, Reg.-Bez. Frankfurt a. O. und der Seminaroberlehrer Hubert Dohmann aus Hamm zum Schulrat in Ahaus, Reg.-Bez. Münster.

Die Hauptsache. „Zwei Dinge hindern Sie daran, ein guter Tänzer zu sein," sagt der Tanzlehrer. „Und das wäre?" „Ihre Füße."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260317013/fragment/page=0002